

HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 02/16

www.hamburgerforum.org



29. Februar 2016

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

die Vorbereitung des Ostermarsches geht jetzt in die heiße Phase. Wir haben das Ostermarschflugblatt diesem Rundbrief beigelegt. Wer Flugblätter oder Plakate in den Größen A3 und A2 benötigt, kann sie an folgenden Stellen abholen:

- Geschäftsstelle DIE LINKE, Wendenstraße 6 – MO bis FR 12.00 bis 16.00 Uhr.
Bei späterer Abholung bitte vorher anrufen: 389 21 64.
- Familie Kirstein, Niendorf, Vielohweg 124 b – bitte vorher anrufen: 551 38 91.
- Antiquariat Augenstern - Thomas Mayer, Im grünen Grunde 1 b, U/S-Bahn Ohlsdorf.
DI bis FR 15.00 bis 18.30 Uhr, SA 10.00 bis 14.00 Uhr – Mobil: 0172 - 403 26 47.
- DKP, Lindenallee 72, U-Bahn Christuskirche – Tel.: 48 04 900.
MO bis DO 17.00 bis 20.00 Uhr.

Es besteht auch die Möglichkeit, A1 Plakate zu bekommen.

Auch in diesem Jahr sind wieder viele Unterstützerinnen zusammengekommen. Die unsäglichen Debatten aus dem Vorjahr sind erfreulicherweise weitgehend verstummt – und zu Recht: Unser Ostermarsch ist und bleibt friedensbewegt – Neonazis und Rechtsradikale haben da nichts zu suchen. Wir hatten bislang auch nie Probleme in diese Richtung. Das könnte damit zusammenhängen, dass für uns die Forderung wichtig ist, Flüchtlinge in Deutschland willkommen zu heißen und ihnen hier die gleichen Rechte einzuräumen wie allen anderen hier lebenden Menschen auch.

Ostermarsch 2016

Ostermontag, 28. März, 12 Uhr, Jungestraße (Nähe U/S-Bahn Berliner Tor)

11.30 Uhr Friedensandacht, Erlöserkirche, Jungestraße

14 Uhr Abschlusskundgebung und Friedensfest, Carl-von-Ossietzky-Platz

Die Forderung nach atomarer Abrüstung spielte bei den Ostermärschen immer eine bedeutende Rolle. Dazu haben wir einen Text von Bernd Hahnfeld, der viele Jahre Vorsitzender des Hamburger Forums war, in den Rundbrief aufgenommen.

Anschließend möchte ich euer Augenmerk auf zwei Veranstaltungen im Vorfeld des Ostermarsches richten: Die erste beschäftigt sich mit der Frage ob und welche Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Kriegen bestehen. Dazu findet ihr auf der letzten Seite ein Flugblatt. Eine weitere Veranstaltung beschäftigt sich mit dem Syrienkonflikt. Und mit einem Hinweis auf eine Veranstaltung im Rahmen der Romerotage schauen wir auch schon auf die Zeit nach dem Ostermarsch. Jürgen Grässlin befasst sich mit den kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden.

Wer sich stärker engagieren möchte, sei auf unsere nächsten Vorstandssitzungen mit Gästen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 15.03., 05.04., 19.04.2016 ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns (Kontakt: siehe unten).

Zum Schluss noch ein Wort zum Postversand. Wie schon im letzten Rundbrief angekündigt, sind wir aus Kostengründen gezwungen, den Postversand so weit wie möglich einzuschränken. Wir werden daher in Zukunft nur noch denjenigen einen Rundbrief per Post zusenden, die uns darum extra gebeten haben (weil sie zum Beispiel keine E-Mail-Adresse haben) oder die regelmäßig spenden.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Bernd Hahnfeld

Deutschland bleibt völkerrechtswidrig als potentielle „Atomwaffenmacht“ in die Konflikte der Großmächte eingebunden

Die große Chance für Europa nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation 1989/90 im Rahmen der Entspannung und Abrüstung eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsstruktur zu schaffen, ergriffen 1989 die Vertreter der 34 KSZE-Teilnehmerstaaten (32 europäische Staaten einschließlich der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken sowie die USA und Kanada) mit den Pariser Verhandlungen. In einem ersten Schritt verabschiedeten sie am 21. November 1990 mit der „Charta von Paris“ zehn Prinzipien betreffend die Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Freiheit und Verantwortung, freundschaftliche Beziehungen und Sicherheit. In der Präambel riefen sie ein „neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ aus:

„Wir, die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sind in einer Zeit tiefgreifenden Wandels und historischer Erwartungen in Paris zusammengetreten. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“

Der vorgesehene weitere Aufbau einer europäischen Sicherheitsstruktur scheiterte vor allem am Vorgehen der US-Regierung. Zwar hatte der US-amerikanische Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 gegenüber seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse und dem sowjetischen Präsidenten Michail Sergejewitsch Gorbatschow von „eisenharten Garantien“ dafür gesprochen, dass die NATO nicht nach Osten verschoben werde, wenn Moskau mit der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland einverstanden sei. Jedoch nutzte die US-Regierung die zeitweilige Schwäche Russlands und fühlte sich spätestens ab 1993 nicht mehr an das Versprechen gebunden. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid 1997 wurden den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes Polen, Tschechien und Ungarn erstmals Beitrittsverhandlungen angeboten, später auch weiteren osteuropäischen Staaten. Polen, Tschechien und Ungarn traten 1999 der NATO bei, weitere frühere Ostblockstaaten folgten. Die Proteste der russischen Regierung verhallten.

2001 kündigte die Bush-Regierung der USA den ABM-Vertrag gegenüber Russland einseitig und begann mit der Entwicklung von (Atom-)Raketenabwehrsystemen, die vor allem in Osteuropa stationiert

werden sollten. Auf dem NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010 wurde beschlossen, das ursprünglich für den Schutz von Streitkräften im Einsatz seit 2005 aufgebaute „Active Layered Theatre Ballistic Missiles Defense“-Programm so auszubauen, dass das gesamte Gebiet der europäischen NATO-Staaten und auch die USA gegen ballistische Raketen „geschützt“ werden könnte. In Russland stieß das Raketenabwehrsystem auf massive Vorbehalte. Es wird als objektive Bedrohung der eigenen strategischen Interkontinental-Atomraketen angesehen und als Versuch der USA, sich militärisch unverwundbar zu machen. Russland drohte der NATO mit militärischen Gegenschlägen im Konfliktfall und mit der Atomraketen-Aufrüstung. Angebote der russischen Regierung, zum Schutz gegen etwaige iranische Raketenangriffe ein gemeinsames Raketenabwehrsystem zu installieren, lehnten die USA ab. Die deutsche Bundesregierung rechtfertigte das im Widerspruch zur Abrüstungsverpflichtung des Artikel 6 NPT stehende Raketenabwehrsystem der NATO mit dem diffusen Hinweis auf 20 Staaten, die durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägermitteln eine Angriffsfähigkeit besäßen.

In Fortführung dieser konfrontativen Militärstrategie hintertrieb die Bundeskanzlerin sowohl den Beschluss im Koalitionsvertrag ihrer „schwarz-gelben“ Regierung aus dem Jahre 2009, sich „im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einzusetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden“, als auch den Beschluss des Deutschen Bundestags, der 2010 mit parteiübergreifender Mehrheit die Bundesregierung aufgefordert hatte, sich „im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ein-



„Probeliegen für angehende Soldaten der Bundeswehr“:
Aktion vor einer Jobmesse in den Hamburger Messehallen.

zusetzen“. Die US-Regierung sah keine Veranlassung, die in Europa und in der Türkei stationierten US-amerikanischen Atomraketen abzuziehen und beschloss stattdessen 2010 im Rahmen eines 348 Milliarden Dollar teuren Aufrüstungsprogramms, die stationierten ballistischen B 61-Fliegerbomben zu modernisieren, sie mit variabler Sprengkraft und lenkbaren Leitwerken zu versehen und ihre Einsatzfähigkeit so erheblich zu erweitern. Der Einsatz dieser etwa 180 Atomwaffen soll wie zuvor im Rahmen der „Nuklearen Teilhabe“ durch die Nicht-Atomwaffenstaaten Deutschland, Belgien, Niederlande, Italien, und Türkei erfolgen, im Falle Deutschlands mit Tornado-Kampflugzeugen des Jagdgeschwaders 33 der Bundeswehr, das in Büchel stationiert ist. Die beteiligten Regierungen negieren den in der „Nuklearen Teilhabe“ liegenden und von vielen Nicht-Atomwaffenstaaten gerügten klaren Völkerrechtsverstoß gegen Artikel 1 und 2 Nichtverbreitungsvertrag (NPT). Deutschland setzt sich damit zudem in Widerspruch zu der Atomwaffen-Verzichtserklärung im 2+4-Vertrag.

Die von der US-Regierung forcierte Ukraine-Krise ist ein weiterer Beleg für die Abkehr von dem „Geist der Charta“ von Paris. Von Achtung und Zusammenarbeit ist wenig zu spüren. Auch geriet das Völkerrecht aus dem Blick und die „normative Kraft des Faktischen“ beherrschte das Geschehen. Der unverhohlene Völkerrechtsbruch der Annektierung der Krim und Russlands Unterstützung der pro-russischen Separatisten in der Ost-Ukraine führten zum Einfrieren des NATO-Russland-Rates und zum vorläufigen Ende der wechselseitigen Konsultationen und Information. Atomwaffen werden wieder als militärische Option genannt. Ein Jahr nach der Annektierung der Krim erklärte der russische Präsident Putin in einem Interview, Russland sei bereit gewesen, in der Krise Atomwaffen in Alarmbereitschaft zu versetzen. Die USA verlegen schweres Militärgerät in osteuropäische NATO-Staaten. Militärübungen beider Seiten in grenznahen Gebieten mit Grenzverletzungen und gefährlichen Zwischenfällen bis zu Scheinangriffen lassen ein Klima der Verunsicherung und des Misstrauens entstehen. Auf ein Konzept der ausschließlich politischen Konfliktschlichtung können sich derzeit die in der Ost-Europa-Strategie uneinigten NATO-Staaten nicht verständigen.

Aktuell wird an der Eskalations-Schraube weiter gedreht: Ausweislich von Pressemeldungen haben im Oktober 2015 am Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel Kampfflugzeuge der Staaten Deutschland, Polen, Griechenland, Tschechien und der USA im Rahmen der NATO-Übung „Steadfast Noon“ ungeachtet des völkerrechtlichen Verbots den Einsatz der dort

stationierten B61-Atomwaffen geübt. Bereits im März 2015 hatte Russland Dänemark für den Fall des Beitritts Dänemarks zum geplanten NATO-Raketenabwehrschirm mit dem Einsatz russischer Atomraketen gedroht. Diese Wiederbelebung der atomaren Abschreckungsstrategie wirft Europas Sicherheitspolitik Jahrzehnte zurück. Politiker missachten, dass auch die drastische Reduzierung von Atomwaffen die Verpflichtung zur atomaren Abrüstung nach Artikel 6 NPT nicht erfüllt, wenn gleichzeitig die verbleibenden Atomwaffen modernisiert und einsatzfähiger gemacht werden.

Wir wissen, dass die Abschreckung mit der gegenseitigen Vernichtung denknotwendig nicht funktionieren kann. Sie setzt das Idealbild eines rational kalkulierenden Gegners voraus, der auf der Basis der aktuell verfügbaren Informationen ausschließlich rationale Entscheidungen trifft. Irrationale Gegner sind ebenso abschreckungsresistent wie terroristische Gruppen und Selbstmordattentäter. Hinzu kommt, dass technische Pannen des atomaren Abschreckungssystems nicht völlig auszuschließen sind. Im „Kalten Krieg“ sind zumindest 20 kritische Situationen bekannt geworden, in denen die Welt am Rande des nuklearen Infernos stand. Deutschland war lange genug das Schlachtfeld eines potentiellen Atomkrieges zwischen den Blöcken des „Kalten Krieges“. Es wird Zeit für eine andere Sicherheitspolitik, die auf Verständigung und beiderseitige Sicherheit setzt.

Veranstaltungshinweise

Dienstag, den 22. März, 19 Uhr,

Veranstaltung: Bundeswehr-Einsatz in Syrien und Umgebung - Kritik und Alternativen

Referent: Uli Cremer

Was sind die wirklichen Gründe für die Entsendung von Bundeswehrsoldaten und -soldatinnen in den Syrienkrieg? Das Einsatzgebiet ist nicht auf Syrien beschränkt. Es schließt das östliche Mittelmeer, den Persischen Golf, das Rote Meer sowie angrenzende Seegebiete ebenso ein wie nicht genauer benannte „Territorialgebiete von Staaten, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierung vorliegt“. Geht es dabei wirklich nur um den IS oder bietet dieser nur den Anlass dafür?

Mehrere Kriege unter Beteiligung westlicher Staaten haben den Nahen Osten destabilisiert, insbesondere der dritte Golfkrieg aus dem Jahre 2003. Eine Folge dieses Krieges und des Besatzungsregimes ist die Existenz von Al-Qaida im Irak und die Gründung des

Islamischen Staates (IS). Vor genau solch einer Destabilisierung haben Kriegsgegner(inn)en seinerzeit gewarnt, heute warnen sie vor einer Ausweitung des Krieges und daraus folgender weiterer Verelendung und Destabilisierung.

Welche Interessen haben die vielen Außenmächte wie etwa USA, EU, Türkei, Russland, Iran und Saudi-Arabien bei den internationalen Verhandlungen um den Konflikt, welche die innerirakischen und inner-syrischen Beteiligten? Was sind die Alternativen zu kriegerischem Handeln im Nahen Osten? - [Flyer zur Veranstaltung](#)

Ort: Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15

**Veranstalter: Deutsche Friedensgesellschaft
- Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)**



Mittwoch, den 30. März, 19 Uhr

**Vortrag und Diskussion: Netzwerk des Todes
- die kriminellen Verflechtungen von Waffen-
industrie und Behörden am Beispiel von Me-
xiko und Kolumbien**

Jürgen Grässlin, Mitautor des Buches „Netzwerk des Todes“ (2016) und Verfasser des „Schwarzbuch Waffenhandel“ (2013), Experte für den legalen und illegalen Waffenhandel, stellt die Ergebnisse seiner langjährigen Recherchen zur Diskussion: die Verwicklungen der eigentlich für die Kontrolle zuständigen Behörden in das blutige Geschäft, insbesondere in den Export nach Mexiko und Kolumbien. Dabei ist der Waffenexport von Heckler & Koch nach Mexiko - legal, halblegal und illegal - besonders brisant, bis in die Details nachgewiesen und trotz massivem Lobbyismus auf dem Rechtswege belangbar.

**Ort: Ev. Hochschule Rauhes Haus, Horner
Weg 170, U-Bahn Rauhes Haus (U2) - Eintritt:
3 EUR**

**Veranstalter: Initiative Mexiko, Hamburger In-
itiative gegen Rüstungsexporte, Rosa Luxemburg
Stiftung Hamburg**